

Berlin aktuell

Die Woche im Bundestag

17. Wahlperiode
Dezember 2012

Abgeordneten-Büro Berlin:
Platz der Republik 1 • 11011 Berlin
Tel.: 030/ 227 72542 • Fax.: 030/ 227 70132
E-Mail: thomas.strobl@bundestag.de
Internet: www.thomas-strobl.de

Abgeordneten-Büro Heilbronn:
Badstraße 14 • 74072 Heilbronn
Tel.: 07131/ 982 4215 • Fax.: 07131/ 982 4216
E-Mail: thomas.strobl@wk.bundestag.de
Internet: www.thomas-strobl.de

Falsche Entscheidungen des Bundesrates

SPD und Grüne blockieren aus parteipolitischem Kalkül wichtige Gesetze

In dieser Woche sind im Vermittlungsausschuss zahlreiche Gesetze des Bundestages durch Blockade von SPD und Grünen verhindert worden, die vor allem Steuererleichterungen für Bürger und Unternehmen bedeutet hätten. Die Verhandlungen im von Thomas Strobl geleiteten Vermittlungsausschuss sind am Mittwoch durch die Mehrheit von SPD und Grünen beendet worden.



Das Gebäude des Bundesrats in Berlin. Die aktuellen Beschlüsse des Bundesrats werden von den parteipolitischen Vorstellungen von SPD und Grünen dominiert. (Quelle: Bundesrat)

Der Heilbronner CDU-Abgeordnete Thomas Strobl sagte nach der Sitzung: „Der Bundesrat

verliert unter der Regie von SPD und Grünen seine Orientierung am gesamtstaatlichen Interesse. Dass in den für uns wichtigen Vorhaben kein Kompromiss mit der Opposition möglich war, bedaure ich zutiefst.“

Die vier gravierendsten Fälle aktueller Blockade sind:

- Der Bundesrat lehnt das Gesetz zum Abbau der kalten Progression ab. Damit werden inflationsausgleichende Lohnerhöhungen weiterhin zu schleichenden Steuermehrbelastungen für die Bürger führen, die in die nächsthöhere Steuerklasse fallen, ohne sich von ihrem Geld mehr leisten zu können. Das entzieht dem privaten Konsum (der Menschen) in Deutschland 6 Milliarden Euro, die erheblich zur Stützung der Binnennachfrage beitragen würden. Dies Alles passiert auf Geheiß der rot-grünen Verhandlungsführer im Bundesrat und im Vermittlungsausschuss.

- Große Vermögen dagegen bleiben ungeschoren, weil der Bundesrat dem Steuerabkommen mit der Schweiz nicht zustimmt. Mit diesem Geld-zurück-Abkommen hatte Bundesfinanzminister Wolfgang Schäuble die Schweizer Banktresore für eine Besteuerung deutschen Geldes nach deutschen Regeln geöffnet – und zwar für zehn Jahre rückwirkend. Das hätte Bund, Ländern und Gemeinden mindestens 1,6 Milliarden Euro eingebracht; Experten gehen sogar von bis zu 10 Milliarden Euro aus. Aufgrund der Blockade von SPD und Grünen verzichtet der Bund nun auf diese Einnahmen, worüber sich die illegalen Geldanleger freuen können.
- Gleichzeitig lehnen die Länder die steuerliche Förderung der energetischen Gebäudesanierung ab, da sie auf die Einnahmen daraus nicht verzichten wollen. Die nordrhein-westfälische Ministerpräsidentin Hannelore Kraft erklärte vor der Sitzung: „Wenn wir auf immer mehr Steuereinnahmen verzichten, können wir die Schuldenbremse nicht einhalten.“ Dies ist nicht die Schuldenbremse, wie sie die CDU versteht.
Umweltschützer und Handwerker dürfte das Verhalten von SPD und Grünen ebenfalls ratlos zurücklassen, liegen in der energetischen Gebäudesanierung doch die größten Energieeinspar- und Klimaschutzmöglichkeiten –, und heimische Arbeitsplätze sichert sie auch.

- Abgelehnt hat der Bundesrat auch das Jahressteuergesetz, mit dem unter anderem die Aufbewahrungsfristen für Steuerunterlagen verkürzt werden sollen. Hiermit könnten Unternehmen künftig 2,5 Milliarden Euro Bürokratiekosten sparen. Hier offenbart die „linke Mitte“, wie unternehmerfeindlich sie doch noch immer agiert.



Die Länderkammer wird von Vielfalt geprägt – dies führt oft zu Differenzen oder parteipolitischen Uneinigkeiten. (Quelle: dpa)

Nicht nur hat die SPD nun jegliche Steuererleichterung verhindert, nein, sie hat auch schon einen Plan, wie sie den Menschen noch mehr Geld aus den Taschen zieht:

Nach monatelangem Streit hat die „Partei der kleinen Leute“ beschlossen, den Rentenbeitrag für alle auf 22 Prozent zu erhöhen, um die Mindestrente für Geringverdiener bezahlen zu können. Das ist das typische Politikmuster von Rot-Grün: Möglichst hohe Abgaben, um möglichst viele Geschenke verteilen zu können.

Unbedacht ist auch der Beschluss der SPD, von ihrem eigenen Konzept der Rente mit 67 Abstand zu nehmen. Wer sich mit der Bevölkerungsentwicklung in Deutschland beschäftigt, weiß, dass es aufgrund des demografischen Wandels nötig ist, dass die Menschen länger arbeiten. Solche Prozesse brauchen Vorlauf: Die SPD aber will den Menschen erst 2020 sagen, ob sie ab 2029 bis 67 arbeiten sollen. Das ist unverantwortlich.

Personensorge bei der Beschneidung des männlichen Kindes gewährleisten

Wer sich für die Wiederbegründung oder den Fortbestand jüdischer Gemeinden in Deutschland einsetzt, musste in dieser Woche Farbe bekennen. Das am Mittwoch beschlossene Gesetz zur Personensorge bei der Beschneidung von Jungen gewährleistet sowohl das Kindeswohl als auch das Leben religiöser Traditionen in unserem Land. So ist etwa die Beschneidung des männlichen Säuglings am achten Tage nach der Geburt ein wichtiger Bestandteil jüdischer Tradition und wird weltweit in jüdischen Gemeinden praktiziert. Ein Gericht hat den deutschen Bundestag vor eine schwierige Aufgabe gestellt und dieser hat hierfür eine gute und tragfähige Lösung gefunden.

Die Abgeordneten der CDU/CSU-Fraktion sind den jüdischen Gemeinden in Deutschland von Herzen verlässliche Partner und haben mit dem Gesetzesentwurf eine umsichtige Regelung vorgelegt: Wenn die Regeln der ärztlichen Kunst befolgt werden, wenn im konkreten Einzelfall das Kindeswohl nicht gefährdet ist und wenn der Eingriff mit einer möglichst effektiven Schmerzbehandlung verbunden wird, dann soll er weiterhin erlaubt bleiben. Diese Regelung ist nicht nur für die Menschen jüdischen Glaubens wichtig, sondern auch für die Muslime in unserem Land.

Die Zukunft ländlicher Räume sichern

Vor der Weihnachtspause fand ein besonderes Projekt der beiden Koalitionsfraktionen seinen parlamentarischen Abschluss. Zugleich fällt mit dem Antrag der CDU/CSU-Fraktion „Zukunft für Ländliche Räume - Regionale Vielfalt sichern und ausbauen“ der Startschuss für die Umsetzung von 105 konkreten Maßnahmen zur Stärkung ländlicher Regionen.



Für die Union bleibt die Entwicklung der ländlichen Räume eine Herzensangelegenheit. (Bild: Bundestag)

Deutschland wird von seiner regionalen Vielfalt geprägt. Das spiegelt sich auch in der Wirtschaft wider. Der überwiegende Teil der 3,5 Millionen Betriebe kommt aus Gemeinden und Mittelstädten. Überall im Land sind international erfolgreiche Unternehmen daheim. Diese Breite tut Deutschland gut. Deshalb ist es wichtig, dass die Bürger in Stadt und Land die gleichen Lebensbedingungen vorfinden. Die CDU/CSU-Fraktion schlägt nun Maßnahmen in vier Feldern vor:

1. Verkehrs-, Kommunikations- und Energieinfrastruktur
2. Wirtschaft und Arbeit
3. Sozialer Zusammenhalt, Betreuung, Gesundheit und Pflege
4. Integrierte ländliche Entwicklung

Bei allen Maßnahmen stehen Bund, Länder, Städte, Gemeinden und nicht-staatliche Akteure gemeinsam in der Verantwortung.

Bundesparteitag stärkt Merkel und Strobl – Union macht Wirtschaftspolitik unter dem Motto „Chancen für alle“

Der CDU-Bundesparteitag in Hannover war ein voller Erfolg. Die CDU hat ihre Vorsitzende, Bundeskanzlerin Angela Merkel, mit einem überwältigenden Wahlergebnis in ihrem Amt bestätigt. Gleichzeitig haben die Delegierten den Heilbronner Bundestagsabgeordneten und Vorsitzenden der CDU Baden-Württemberg Thomas Strobl zu einem von fünf Stellvertretern der Parteivorsitzenden Angela Merkel gewählt. Mit einem Wahlergebnis von 68 Prozent kann Thomas Strobl sehr zufrieden sein. Er rückt damit gemeinsam mit Arbeitsministerin Ursula von der Leyen, Hessens Ministerpräsidenten Volker Bouffier, der rheinland-pfälzischen Oppositionsführerin Julia Klöckner und dem Vorsitzenden des größten CDU-Landesverbandes Nordrhein-Westfalen Armin Laschet an die Spitze der CDU vor.



Die Parteivorsitzende begrüßt ihren neuen Stellvertreter in Hannover. Im Hintergrund der ehemalige Ministerpräsident von Baden-Württemberg Günther Oettinger (Bild: Chaperon).

Die Union bleibt die Kraft der Vernunft in Deutschland. Mit klugen Entscheidungen, die nach intensiver und respektvoller Debatte getroffen wurden, setzt die Partei sich für Verbesserungen für jetzige und zukünftige Rentner ein, stärkt die besondere Rolle von Familien auch im Steuerrecht und hat mit Beschluss

des Leitantrags ihr wirtschaftspolitisches Profil geschärft. Unter dem Leitsatz „Starkes Deutschland – Chancen für alle“ grenzt sich die CDU von den rot-grünen Umverteilungsplänen ab, indem sie auf Bildung und unternehmerische Freiheit setzt.

Thomas Strobl bestätigte am Rande des Parteitages: „Wo wir regieren, geht es den Menschen besser. Wir wissen, dass die Erfolge unseres Landes vor allem dem Fleiß und der Leistungsbereitschaft der Menschen zu verdanken sind. Deswegen unterstützen wir sie durch kluges und besonnenes Regierungshandeln, statt Leistung und privates Engagement zu verteufeln. CDU und CSU stehen für die Interessen der Mitte, des Bürgertums, der mittelständischen Wirtschaft. Kurz: Wir stehen für ein starkes Deutschland – ein Deutschland, das allen Menschen Chancen bietet.“

Über Diskussionen und Beschlüsse der CDU auf ihrem Bundesparteitag können Sie sich unter <http://www.hannover2012.cdu.de/> informieren. Dort finden Sie auch zahlreiche Videos mit Kurzberichten sowie Mitschnitte der Reden.

Thomas Strobl am 29. November im Plenum: Kein Abgeordneten-Privileg im Strafverfahren!

Ist das Abtragen von Pflastersteinen unter Bahngleisen zur Verhinderung von Castor-Transporten eine Straftat? Wie steht es mit dem Animieren zu diesem sog. „Castor schottern“? Dies wird nun für vier Bundestagsabgeordnete der Linken durch ein Gericht zu klären sein. Thomas Strobl machte jedenfalls klar, dass die Abgeordneten sich in dieser Angelegenheit nicht auf ihr „Immunitätsrecht“ berufen können,

um einer Strafverfolgung zu entgehen.

Der Grund: Auch jedem Bürger und jeder Bürgerin droht

ein Ermittlungsverfahren durch die Staatsanwaltschaft, wenn sie als Protest gegen Atomtransporte eine Straftat begehen.

Als Vorsitzender des Immunitätsausschusses des Deutschen Bundestages sprach Thomas Strobl am Donnerstag letzter Woche zu diesen Fällen im Plenum. Einige Auszüge aus seiner Rede:

„Das Immunitätsrecht hat den Zweck, die Arbeits- und Funktionsfähigkeit des Parlaments als Ganzes sicherzustellen. Es ist nicht dafür da, einzelne Abgeordnete vor ihrer gerechten Strafe für begangene Straftaten zu bewahren. Wir Abgeordnete sollen also durch das Immunitätsrecht nicht bessergestellt werden als alle anderen Bürgerinnen und Bürger in unserem Land. Es gibt keine Privilegien eines Abgeordneten gegenüber dem normalen Bürger, wenn er eine Straftat begeht – und die darf es auch nicht geben! (...)



Wir urteilen nicht darüber, ob sich die betroffenen Kolleginnen und Kollegen strafbar gemacht haben. Wir stellen lediglich fest, dass die Staatsanwaltschaft nicht willkürlich, etwa weil ihnen die Meinung eines Abgeordneten nicht passt, handelt, wenn Sie ein Verfahren anstrebt, das sie auch gegen jeden Bürger und jede Bürgerin anstreben würde. Wer, wie Sie, liebe Fraktion der Linken, die Aufhebung der Immunität in diesem Fall als Kriminalisierung ihres Verhaltens darzustellen versucht, der hat unseren Rechtsstaat nicht verstanden! (...)

Ich muss das den betroffenen Kollegen einmal klar entgegenhalten:

Die Aufforderung, Gleisanlagen der Bahn zu schottern, also das Gleisbett von Bahnschienen auszuhöhlen, ist kein Kavaliersdelikt, sondern eine Straftat nach § 111 StGB, die in Fällen wie den hier vorliegenden mit bis zu 5 Jahren Freiheitsstrafe geahndet werden kann! Und insofern muss ich auch darauf hinweisen, dass im Ausschuss allgemein – mit Ausnahme der Linken – die Überzeugung herrscht, dass Kollegen, die bewusst diese Art der Aufforderung zur Begehung einer Straftat wählen, sich dann auch der strafrechtlichen Konsequenz dieses Aufrufs stellen müssen.

Sie können – und dürfen – nicht anders, nicht besser gestellt werden als jeder Bürger und jede Bürgerin. Sie können und dürfen nicht erwarten, dass der Bundestag Ihnen hierfür Immunitätschutz gewährt, da für die Beurteilung Ihres Verhaltens die Gerichte zuständig sind.“

Ein Video der Rede finden Sie unter: <http://dbtg.tv/fvid/2040084> (Bildquelle: Deutscher Bundestag, Trutschel)

Einzigartige Erfahrungen – von unserer Praktikantin Tamara Schweizer

Zum Ende meiner Praktikumszeit im Bundestag kann ich zufrieden zurückblicken und mich an drei ereignisreiche, spannende und lehrreiche Monate erinnern. Da ich in meiner Zeit als Jugendgemeinderätin der Stadt Heilbronn schon Einblicke in die kommunalen Politikprozesse bekommen hatte, war es für mich ein ganz besonderes Abenteuer, in die Welt der Bundespolitik einzutauchen.



Die ehemalige Jugendgemeinderätin war von September bis Dezember Praktikantin in unserem Büro.

Neben vielen interessanten Begegnungen mit Politikern, wie zum Beispiel mit Volker Kauder (der uns Praktikanten im Bundestag begrüßte), Wolfgang Schäuble (mit dem ich in meiner letzten Woche sogar noch persönlich sprechen durfte) oder Angela Merkel (die ich in der Fraktionssitzung beobachten konnte), gab es auch viele Veranstaltungen, die mich in ihren Bann zogen.

Die CDU/CSU-Fraktion des Bundestages veranstaltet regelmäßig Kongresse, welche wichtige aktuelle Themen beleuchten und durch Podiumsdiskussionen mit Experten und Politikern bereichert werden. Ich hatte das Glück, an drei dieser Kongresse teilnehmen zu dürfen, wobei mich der Kongress zum Thema „Afghanistan“ am meisten interessierte.

Was folgt nach dem ISAF-Einsatz in Afghanistan?

Den Kongress eröffnete der Fraktionsvorsitzende Volker Kauder, indem er Erfolg, Zweck und Ziele des nun zehnjährigen Afghanistan-Einsatzes bewertete. Auch Bundesverteidigungsminister Thomas De Maizière und der afghanische Außenminister Dr. Zalmay Rassoul, sowie viele andere wichtige Persönlichkeiten aus Politik und Militär waren anwesend. Es wurde viel debattiert und erörtert, sowie berichtet, zum Beispiel von Seiten des Verteidigungsministeriums und von zivilen Hilfsorganisationen (GIZ). Die Experten waren sich einig: Es habe sehr viele Fortschritte gegeben, die vor allem die afghanische Bevölkerung uns danke. Trotzdem fehle es Afghanistan noch an Einigem, um zu einer sicheren und rechtsstaatlichen Demokratie zu werden.



Seit 2001 beteiligt sich Deutschland am ISAF-Einsatz; auch nach dessen Ende sollen weiterhin zivile Einsätze erfolgen. (Quelle: Bundeswehr)

Die Verantwortlichkeit der Weltgemeinschaft und vor allem Deutschlands gegenüber deutschen Soldaten, den zivilen Helfern, der Polizei und der afghanischen Bevölkerung habe höchste Priorität, auch nach dem ISAF-Einsatz.

Trotz allem wünsche man sich natürlich, dass die Afghanen bald in einer friedlichen und freien Gesellschaft leben können.

Die Frage, die in Deutschland bis heute teils heftig diskutiert wird, „War es richtig, nach Afghanistan zu gehen?“ , lehnten eigentlich alle Kongressteilnehmer ab. Diese Frage sei Vergangenheit und was passiert ist, sei nicht zu revidieren. Außerdem herrschte Einigkeit darüber, dass die Afghanen auf die internationale Hilfe angewiesen waren bzw. sind und Deutschland sich kaum aus dieser Verantwortung hätte ziehen können. Die differenzierten Entwicklungen innerhalb Afghanistans machen es jedoch schwer, eine konkrete Analyse abzugeben. Fakt ist, dass die afghanischen Sicherheitskräfte und die Regierung alles Mögliche tun, um das Land voranzubringen.

Dr. Rassoul, Afghanistans Außenminister, bedankte sich außerdem vielmals bei Deutschland für die Einladung und für die gegebene Hilfestellung im Kampf gegen die Gefahren des Terrorismus. Außerdem erläuterte er einige Punkte, die sich seit dem ISAF-Einsatz in Afghanistan verbessert hatten und für welche er der internationalen Gemeinschaft und besonders Deutschland dankte.

Diese Informationen aus erster Hand zu erhalten, Erlebnisberichte von Militär und Verteidigungspolitikern zu hören und die Diskussion live mit verfolgen zu können, war für mich ein prägendes Erlebnis, wofür ich sehr dankbar bin. Sehr interessant war die anschließende Diskussion, bei welcher sich das Publikum beteiligen und Fragen stellen durfte.

Ich war drauf und dran den afghanischen Außenminister zu fragen, wie es seine Regierung mit der Religionsfreiheit hält. Dieses hochsensible Thema habe ich dann aber doch den Politikern, Ministern und Diplomaten überlassen.

Frohe Weihnachten!

Liebe Leserinnen und Leser, liebe Freunde,



wenn wir am Sonntag die dritte Kerze des Adventskranzes entzündet, dann lassen die Weihnachtsfeiertage und das Jahresende nicht mehr lange auf sich warten. Meistens kommt die Zeit ‚zwischen den Jahren‘ genau im richtigen Moment: Weil man sich davor viel vorgenommen hatte, war man aktiver und stärker belastet als sonst. Kommen dann die ruhigen Tage, lässt sich erleichtert und hoffentlich zufrieden auf das Erreichte zurück blicken.

An diesem Freitag haben wir die Bundestags-sitzungen des Jahres 2012 abgeschlossen. Am kommenden Montagvormittag werde ich als neu gewählter Stellvertretender Bundesvorsitzender erstmals an der Sitzung des Präsidiums der CDU Deutschland teilnehmen. Bis Weihnachten bin ich dann noch bei Bürgern und meinen CDU-Mitgliedern in Wahlkreis und Ländle unterwegs, um dann einige geruhige Tage mit meiner Frau und meiner Familie zu begehen.

Die Plenartagungen im November und Dezember waren außergewöhnlich bewegt und gefüllt. Zu den schwierigsten Entscheidungen zähle ich persönlich die Zustimmung zum neuerlichen Rettungspaket für Griechenland sowie die Abwägung zwischen elementaren Grundrechten unserer Verfassung in der Debatte um die Beschneidung männlicher Kinder. Wirklich sehr bedauert habe ich, dass wir als CDU aufgrund der Blockade der Opposition im Bundesrat unsere Pläne begraben mussten, die Mittelschicht

von gestiegenen Steuern zu entlasten und die Hausbesitzer bei der Energetischen Sanierung zu unterstützen.

Anfang Dezember wurde ich von den Delegierten des Bundesparteitags in Hannover zum Stellvertretenden Bundesvorsitzenden der CDU Deutschland gewählt. Über das mir entgegengebrachte Vertrauen freue ich mich ausgesprochen. Die Wahl stellt vor allem auch ein positives Signal für die CDU Baden-Württemberg dar und so möchte ich in der Spitze der Bundespartei nun tatkräftig die Interessen des Landes einbringen. Inhaltlich werde ich mich besonders für eine gute Wirtschafts- und eine solide Haushaltspolitik einsetzen.

Allen, die mich im Jahr 2012 unterstützt haben, möchte ich ganz herzlich danken. Ihr Interesse an Politik und an meiner Tätigkeit im Deutschen Bundestag, liebe Leserinnen und Leser, schätze ich sehr. So hoffe ich, Ihr Vertrauen auch im nächsten Jahr zu genießen. Selbstverständlich freue ich mich auch über jede Art der Rückmeldung.

Nun wünsche ich Ihnen und Ihrer Familie eine besinnliche Adventszeit und fröhliche Weihnachtsfeiertage, überdies für das herannahende Jahr 2013 Gottes Segen für Gesundheit und Erfüllung. Möge dieses neue Jahr Erfreuliches eröffnen und Unliebsames beschließen.

Weihnachtliche Grüße sendet Ihnen

Her Thomas Strobl.

v.i.S.d.P.: **Antonia Ritter, Abgeordnetenbüro Thomas Strobl**
MdB, Abbestellung per E-Mail an
thomas.strobl@bundestag.de